MARCUS EHRENBERGER

Differenziertes WACHSTUM

Wie aus Klimapolitik Investitionen werden: 5 Prinzipien für eine zukunftssichernde Wirtschaft

oekom


oekom

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG (»Text und Data Mining«) zu gewinnen, ist untersagt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

© 2026 oekom verlag, München
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Goethestraße 28, 80336 München
+49 89 544184 – 200
info@oekom.de

Layout und Satz: oekom verlag
Korrektur: Elena Bruns
Umschlaggestaltung: Laura Denke, oekom verlag
Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

Alle Rechte vorbehalten
ISBN: 978-3-98726-582-2

FSC
www.fsc.org
RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C016368

MARCUS EHRENBERGER

Differenziertes Wachstum

Wie aus Klimapolitik Investitionen werden: fünf Prinzipien für eine zukunftssichernde Wirtschaft

oekom

Für Adam und Hagen.

Inhalt

Vorwort 7

Die Linse
Differenziertes Wachstum 9

Prinzip 1
Setze Grenzen und vervollständige den Markt | Emissionshandel und CO_2-Preis 29

Prinzip 2
Sichere den Wettbewerb | Grenzausgleich 53

Der Härtetest
Stahl, Zement und Chemie 71

Prinzip 3
Sichere gesellschaftlichen Rückhalt | Klimageld 89

Prinzip 4
Gleiche die Bilanz aus | Kohlenstoffmanagement 101

Prinzip 5
Unterstütze Skalierung | Die Skalierungspolitik 117

Nachwort 135
Anhang: Wirtschaftstätigkeiten in der EU-Taxonomie 138
Gesamtquellenverzeichnis 139
Über den Autor 147

Vorwort

Die Wachstumsdebatte kennt zwei Lager: Die einen sagen, Wachstum zerstöre den Planeten, mehr Wirtschaft heiße zwangsläufig mehr Emissionen, mehr Verbrauch, mehr Verlust. Die anderen sagen, ohne Wachstum kollabiere die Gesellschaft. Wohlstand, Renten, Handlungsfähigkeit des Staates hingen an ihm. Beide Sätze stimmen. Und beide sind unvollständig.

Der Fehler liegt nicht in der Antwort. Er liegt in der Frage. Sie lautet in beiden Lagern: Soll die Wirtschaft wachsen oder nicht? Das ist die falsche Frage. Wachstum ist eine Veränderung in der Zeit, ohne eigene Qualität. Die richtige Frage lautet: Was wächst und was schrumpft dabei? Manches Wachstum schafft Substanz, die auch morgen noch trägt. Anderes verzehrt sie. Der Verzehr sieht auf dem Papier genauso aus wie der Aufbau. Dieses Buch nennt das eine zukunftssicherndes, das andere zukunftsgefährdendes Wachstum. Der Unterschied ist der rote Faden durch jedes der folgenden Kapitel.

Gelingen kann die Transformation nur, wenn Europa dabei wettbewerbsfähig bleibt. Ein Kontinent, der wirtschaftlich schwächelt, hat weder das Kapital noch die politische Kraft, seine Industrie umzubauen. Der frühere Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat das 2024 in seinem Bericht für die Europäische Kommission benannt; nicht als Klimafrage, sondern als Standortfrage: eine Investitionslücke von jährlich 750 bis 800 Milliarden Euro, ein fragmentierter Binnenmarkt, eine Industrie, der die Fähigkeit fehlt, neue Technologien in der nötigen Menge zu produzieren (Draghi 2024). Genau diese Fähigkeit, Dinge in der nötigen Menge zu produzieren, ist eine der fünf Antworten, die dieses Buch gibt. Aber es sollten nicht wahllose Dinge sein, die produziert werden, sondern Dinge, die unsere Zukunft sichern.

Fünf klimapolitische Prinzipien setzen die Unterscheidung zwischen zukunftssicherndem und zukunftsgefährdendem Wachstum in der Wirtschaft praktisch um. Prinzip 1 setzt Grenzen, über einen CO_2-Preis, der ehr-

lich zeigt, was etwas kostet. Prinzip 2 sichert den Wettbewerb, über einen Grenzausgleich, der die eigene Industrie nicht gegen billigere, schmutzigere Importe ausliefert. Prinzip 3 gibt die Einnahmen als Klimageld zurück, statt sie zu verwalten. Prinzip 4 gleicht die Bilanz aus, für das, was am Ende an Emissionen übrigbleibt. Prinzip 5 unterstützt die Skalierung, damit aus einer Erwartung eine Zusage wird und aus einer Zusage eine Fabrik.

Keines dieser fünf Prinzipien funktioniert allein. Gemeinsam ergeben sie die Voraussetzung dafür, dass Wirtschaft investiert, in das, was Substanz schafft, nicht in das, was nur danach aussieht.

Die Linse

Differenziertes Wachstum

Das Bruttoinlandsprodukt addiert, was sich nicht addieren lässt. Ein Kohlekraftwerk zählt wie ein Windpark. Differenziertes Wachstum braucht eine zweite Achse. Wichtig ist nicht wie viel Wachstum, sondern welches. Maßstab sind die planetaren Grenzen, unterschieden wird auf Ebene der einzelnen Wirtschaftsaktivität. Vier Stationen entscheiden, ob ein CO_2-Preis in einer Investitionsrechnung ankommt. Die Business-Case-Matrix zeigt, warum vier deutsche Stahlkonzerne unter gleichen Bedingungen verschieden entschieden haben.

Wachstum, Wachstum, Wachstum

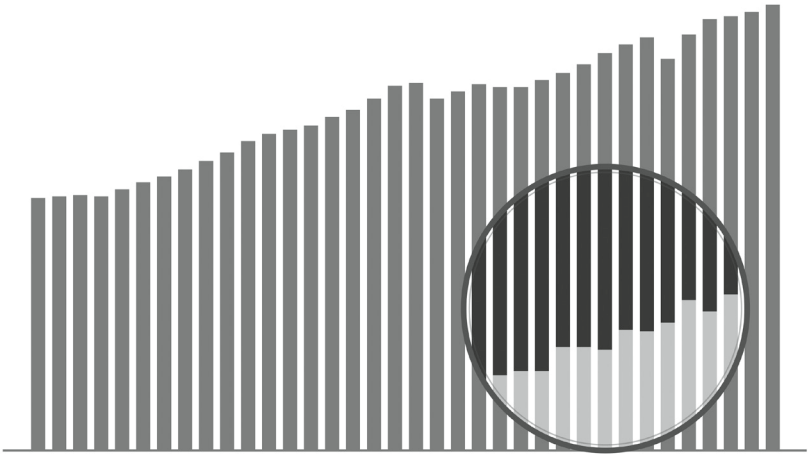


Abb. 1: Differenziertes Wachstum als Linse. Eigene Darstellung

Alle drei Monate erscheint eine Zahl und alle drei Monate beginnt derselbe Streit. Das Bruttoinlandsprodukt ist um 0,3 Prozent gewachsen. Oder um 0,1 Prozent geschrumpft. Die einen fordern mehr davon: Wachstum schaffe Arbeitsplätze, finanziere Renten, trage den Sozialstaat. Die anderen fordern

weniger: Wachstum verbrauche Ressourcen, heize das Klima auf, zerstöre Lebensgrundlagen. Der Begriff »Wachstum« wird benutzt, als sei er selbsterklärend. Er ist es nicht.

Zwei Lager streiten über die Höhe eines Balkens. Der Balken stimmt. Die Höhe ist gemessen, die Zahl ist geprüft, das Jahr ist richtig. Was fehlt, ist die Farbe. Denn in diesem Balken steckt beides. Ein neues Kohlekraftwerk erhöht das Bruttoinlandsprodukt. Ein neuer Windpark auch. Stahl aus dem Hochofen und Stahl aus der Direktreduktion erscheinen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als dasselbe: Wertschöpfung. Die Rechnung addiert, was sich nicht addieren lässt.

Die Folgen fehlender Differenzierung

Wer Wachstum nicht unterscheidet, läuft dem falschen Ziel hinterher. Eine Regierung, die Wachstum will, ohne zu sagen welches, fördert beides gleichzeitig. Sie baut die Ladesäule und verlängert die Dienstwagenpauschale, sie unterstützt das Wasserstoffprojekt und erweitert den Flughafen. Das Aggregat steigt in beiden Fällen. Die Lebensgrundlagen nicht. Im Gegenteil: fossiles Wachstum beschleunigt den Klimawandel und die Folgen sind teuer.

Die österreichische Umweltökonomin Sigrid Stagl hat in einer Studie im Auftrag der EU-Abgeordneten Lena Schilling zusammengetragen, was Untätigkeit kostet, gestützt auf über siebzig empirische und institutionelle Quellen (Stagl 2025).

Extremwetter haben in der EU seit 1980 bereits 738 Milliarden Euro Schäden verursacht. Klimabedingte Gesundheitsfolgen kosten heute über 400 Milliarden Euro jährlich und fordern zwischen 30.000 und 80.000 Menschenleben. Bis 2050 drohen Verluste von 3–7 Prozent der Wirtschaftsleistung; bei 3 Grad Erwärmung liegen die globalen Einbußen bei rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, für die EU sind das kumulierte Produktionsausfälle von über 5 Billionen Euro. 2–5 Millionen Arbeitsplätze in der EU gelten bis 2040 als gefährdet.

Diese Kosten erscheinen in keiner Quartalszahl. Sie fallen an, ob sie gemessen werden oder nicht und sie fallen bei Dritten an: bei Kommunen, die Deiche erhöhen, bei Versicherungen, die Prämien anheben, bei Kran-

kenkassen, bei Landwirten. Wer sie einrechnet, kommt zu einem anderen Ergebnis über die Frage, welches Wachstum sich lohnt.

Wer Wachstum nicht unterscheidet, hat auch keine Antwort auf die Wachstumskritik. Ihm bleiben zwei Positionen. Er stimmt zu und erklärt damit die Wirtschaft zum Problem, das man eindämmen muss. Oder er lehnt ab und hält an einer Wirtschaft fest, die ihre eigenen Grundlagen langfristig zerstört.

Beides führt in die Sackgasse. Die Wirtschaft ist der einzige Apparat, der Elektrolyseure, Wärmepumpen, Netze und Speicher in der benötigten Menge herstellen kann. Wer sie pauschal zum Gegner erklärt, verliert das Werkzeug, mit dem er das Problem lösen müsste.

Und wer Wachstum nicht unterscheidet, hat keinen Maßstab für Klimapolitik. Sie zerfällt in Einzelmaßnahmen, von denen jede für sich gut begründet ist. Wie folgenreich das ist, hat ein Team des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung gemessen: Von mehr als 1.500 weltweit untersuchten Politikpaketen führten rund 60 zu messbaren Emissionssenkungen (Stechemesser et al. 2024). 4 Prozent Trefferquote und die übrigen 96 waren nicht schlecht gemeint.

Die Grenzenfrage selbst ist dabei alt. Der britische Ökonom Arthur Cecil Pigou hat 1920 beschrieben, woran es liegt. Kosten, die bei Dritten anfallen und im Preis nicht erscheinen, verzerren jede Entscheidung. Die Wirtschaftswissenschaft nennt sie externe Effekte (Pigou 1920). Die Fabrik verkauft den Stahl und liefert den Ruß gratis dazu. Die öffentliche Debatte kennt trotzdem weiter nur eine Achse.

Differenziertes Wachstum in planetaren Grenzen

Es braucht eine zweite Achse. Nicht wie viel, sondern welches Wachstum. Die Linse »Differenziertes Wachstum« anzuwenden heißt, den grauen Balken aufzuschlüsseln: in den Anteil, der Substanz schafft oder erhält und den, der sie verzehrt. Das eine nennen wir zukunftssicherndes Wachstum, das andere zukunftsgefährdendes. Zukunftsgefährdendes Wachstum lebt vom Kapital, nicht von den Zinsen. Die Höhe des Balkens bleibt gleich. Sichtbar wird, woraus er besteht.

Woran entscheidet sich, welcher Teil welcher ist? Der Maßstab kommt nicht aus der Ökonomie, sondern aus der Erdsystemforschung.

Ein Team um den schwedischen Erdsystemforscher Johan Rockström hat neun Prozesse beschrieben, die den Planeten in einem Zustand halten, in dem er die bestehende Zivilisation dauerhaft tragen kann: Klimastabilität, Unversehrtheit der Biosphäre, Landnutzungswandel, Süßwasserverbrauch, die Stickstoff- und Phosphorkreisläufe, Versauerung der Ozeane, Belastung der Atmosphäre mit Schwebstoffen, Abbau der Ozonschicht und die Freisetzung neuartiger Stoffe wie Kunststoffe und Chemikalien. Für jeden Prozess lässt sich ein Korridor angeben, in dem das System stabil bleibt. Nach dem Stand von 2026 sind sieben der neun Grenzen überschritten (Planetary Health Check 2025).

Zukunftssicherndes Wachstum entsteht aus Wirtschaftsaktivitäten, die innerhalb dieser Grenzen bleiben oder dazu beitragen, sie einzuhalten. Zukunftsgefährdendes Wachstum entsteht aus Aktivitäten, die sie weiter überschreiten.

Entscheidend ist die Wirtschaftsaktivität

Wie erkennt und unterscheidet man differenziertes Wachstum? Nehmen wir einen Maschinenbaukonzern. Er liefert im selben Jahr eine Anlage für ein Kohlekraftwerk und einen Elektrolyseur für die Wasserstoffproduktion. Ist er zukunftssichernd? Die Frage lässt sich nicht beantworten, weil sie falsch gestellt ist.

Ein Chemieunternehmen stellt Dämmstoffe her, die über Jahrzehnte Heizenergie sparen und Kunststoffe aus fossilem Rohstoff. Beides steht in derselben Bilanz, beides erwirtschaftet Umsatz, beides beschäftigt Menschen.

Auch das Produkt hilft nicht weiter. Zwei Stahlträger, gleiche Legierung, gleiche Festigkeit, gleiches Gewicht: Kein Prüflabor der Welt könnte sie unterscheiden. Der eine stammt aus der Hochofenroute und hat rund 1,8 Tonnen CO_2 je Tonne Stahl verursacht. Der andere stammt aus der Direktreduktion mit erneuerbarem Wasserstoff und liegt, je nach Sauberkeit des eingesetzten Stroms, bei 0,05 bis 0,15 Tonnen. Über 90 Prozent Unterschied und man sieht ihn dem Träger nicht an. Was sich unterscheidet, ist weder das Unternehmen noch das Produkt. Es ist die einzelne Wirtschaftsaktivität.

Diese Unterscheidung ist keine Erfindung. Sie steht seit 2020 in europäischem Recht. Die Taxonomieverordnung stuft einzelne Wirtschaftstätigkeiten danach ein, ob sie ökologisch nachhaltig sind. Sie nennt sechs Umweltziele: Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Wasser, Kreislaufwirtschaft, Vermeidung von Verschmutzung, Schutz der Biodiversität. Eine Tätigkeit gilt nur dann als nachhaltig, wenn drei Bedingungen zusammenkommen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zu mindestens einem Ziel. Sie beeinträchtigt keines der übrigen erheblich. Sie hält soziale Mindeststandards ein. Gemessen wird der Beitrag an technischen Bewertungskriterien: messbaren Schwellenwerten, die für jede Tätigkeit in eigenen Rechtsakten festgelegt sind. Interessant ist, auf wie viele Weisen ein wesentlicher Beitrag entstehen kann:

1. Die Tätigkeit hält die Grenze selbst ein. Gemessen wird an einem Schwellenwert. Ein Windpark und eine Photovoltaikanlage erfüllen das Kriterium schon durch die Tätigkeit selbst; ein Wasserkraftwerk oder eine Geothermieanlage muss über den Lebenszyklus unter 100 Gramm CO_2 je Kilowattstunde bleiben. Ein Schienenverkehrsunternehmen leistet einen Beitrag, wenn seine Züge ohne direkte Emissionen fahren. In beiden Fällen misst sich die Tätigkeit an dem, was sie selbst ausstößt.
2. Die Tätigkeit ermöglicht anderen die Einhaltung. Artikel 16 der Verordnung nennt das die ermöglichende Tätigkeit. Wer Elektrolyseure baut, Windkraftanlagen fertigt oder Wärmepumpen installiert, senkt nicht die eigenen Emissionen, sondern die seiner Kunden. Die eigene Bilanz einer solchen Fabrik kann über Jahre negativ aussehen: Der Bau verbraucht Fläche, Stahl, Kupfer und Energie. Zwei Bedingungen sichern den Fall ab. Die Tätigkeit darf nicht dazu führen, dass klimaschädliche Anlagen länger laufen und ihr Beitrag muss, über den gesamten Lebenszyklus gerechnet, größer sein als der Schaden, den ihre eigene Herstellung verursacht: Die Emissionen, die ein Windrad beim Bau verursacht, müssen kleiner sein als die Emissionen, die es beim Kunden über seine Laufzeit vermeidet.

Ohne diese zweite Kategorie fiele der gesamte Anlagenbau durch das Raster. Wer den Beitrag einer Fabrik allein an ihrem eigenen Ausstoß misst, kommt zu dem Ergebnis, dass die Herstellung von Windrädern der Umwelt schadet.

3. Die Tätigkeit ist ein Übergang. Artikel 10 Absatz 2 erfasst Tätigkeiten, für die es noch keine technologisch und wirtschaftlich verfügbare CO_2-arme Alternative gibt. Sie können als Beitrag gelten, wenn drei Bedingungen erfüllt sind: Die Emissionswerte entsprechen den besten der Branche, die Entwicklung CO_2-armer Alternativen wird nicht behindert und es entsteht keine Bindung an emissionsintensive Anlagen mit langer Lebensdauer. (Verordnung (EU) 2020/852, Art. 10 Abs. 2)

Ein Beispiel ist Stahl: Wasserstoffbasierte Direktreduktion existiert, aber sie steht erst am Anfang (Details siehe Kapitel »Der Härtetest«). Bis sie im Markt ist, wäre die Alternative, die gesamte Branche aus der Taxonomie auszuschließen. Dann gäbe es keinen Anreiz mehr, das beste verfügbare Verfahren zu wählen.

Die Kategorie ist deshalb ausdrücklich befristet gedacht. Für Übergangstätigkeiten überprüft die Kommission die technischen Schwellenwerte mindestens alle 3 Jahre und passt sie an den Stand der Technik an. Die Schwelle wandert also mit: Was heute als beste Leistung der Branche gilt, reicht in einigen Jahren nicht mehr aus.

Eine Tätigkeit kann die Kategorie auch ganz verlassen. Für Stahl bedeutet das: Sobald die Direktreduktion mit erneuerbarem Wasserstoff im Markt angekommen ist, ist klimaneutraler Stahl kein Übergang mehr, sondern ein Beitrag im vollen Sinn. Die Kategorie verschwindet nicht, weil es keinen grünen Stahl gäbe, sondern weil es ihn dann gibt.

Genau deshalb ist die dritte Bedingung die entscheidende: keine Bindung an emissionsintensive Anlagen mit langer Lebensdauer. Ein Hochofen, der heute für 30 Jahre erneuert wird, ist genau diese Bindung. Eine Auswahl von Tätigkeiten mit ihrer jeweiligen Einstufung findet sich im Anhang Seite 138.

Was die Definition leistet und was nicht

Damit liegt eine brauchbare Antwort auf die Frage vor, was zukunftssicherndes Wachstum ist. Sie ist rechtlich verbindlich, sie arbeitet auf der richtigen

Ebene und sie ist von hunderten Fachleuten durchgerechnet worden. Was sie nicht leistet: Sie sagt, welche Tätigkeit nachhaltig wäre. Sie sagt nicht, ob sie stattfindet.

Ein Stahlwerk, das seine Anlage nicht umbaut, weist eine niedrige Taxonomiequote aus. Mehr geschieht nicht. Die Verordnung ordnet ein und verpflichtet zur Offenlegung; sie verändert keine einzige Zahl, an der eine Investitionsentscheidung hängt.

Bleibt die Frage, wie dafür gesorgt wird, dass zukunftssichernde Aktivitäten entstehen und die anderen verschwinden.

Warum Differenziertes Wachstum jetzt zählt

Diese Frage duldet keinen Aufschub, denn die Investitionen finden jetzt statt. Ein Hochofen läuft 30 bis 40 Jahre. Ein Zementwerk ebenso, ein Kraftwerk ähnlich lang. Wer heute genehmigt, entscheidet über die Emissionen der 2050er-Jahre. Und wer eine Entscheidung um 5 Jahre verschiebt, verschiebt sie um eine Anlagengeneration. Die kritische Weggabelung liegt also direkt vor uns.

In dieser Lage gewinnt eine politische Strömung an Zulauf, die die Grenzen bestreitet und aus schrumpfenden fossilen Märkten ein Versprechen auf Rückkehr macht. Ihr Angebot lautet: zurück zum gewohnten Wachstum, ohne Unterscheidung.

Der Befund, auf den sie sich stützt, stimmt sogar. Teile der Industrie schrumpfen und das trifft Beschäftigte hart. Nur folgt daraus etwas anderes, als sie behauptet.

Nehmen wir die deutsche Automobilindustrie. Sie war beim Elektroantrieb früh vorn und hatte einen Vorsprung. Aber anstatt bezahlbare attraktive Elektromodelle zu bauen und den Ausbau der Ladeinfrastruktur gemeinsam mit Politik und Wettbewerbern voranzutreiben, setzte die Branche auf margenstarke große Verbrenner-Fahrzeuge (SUVs). Zwischenzeitlich dominieren chinesische Hersteller den Markt. Und die Rettung der deutschen Automobilindustrie soll nun das Ende des Verbrenner-Aus sein?

Das ist der Punkt, an dem die Unterscheidung praktisch wird. Dass die Verbrennertechnologie zukunftsgefährdend ist, war seit Jahren absehbar und

es gab eine Alternative. Wer nicht umgestellt hat, hat eine Management-Entscheidung getroffen. Der Rückgang ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis von Investitionsrechnungen, die anders hätten ausgehen können. Eine Regel zurückzunehmen, an der sich diese Rechnungen hätten ausrichten können, heilt den Rückstand nicht. Sie verlängert ihn.

Genau deshalb lohnt es sich, Wachstum zu unterscheiden. Wer keine Ölfelder besitzt und keine Anteile an fossilen Geschäftsmodellen hält, hat kein Interesse daran, dass zukunftsgefährdendes Wachstum weiterläuft. Er hat ein Interesse daran, dass es aus dem Markt gedrängt wird und das andere an seine Stelle tritt.

Gestalten lässt sich das nur auf europäischer Ebene. Ein einzelner Mitgliedstaat kann weder einen Grenzausgleich errichten noch Standards setzen, an die sich Handelspartner halten. Die Europäische Union kann beides, weil sie als Absatzmarkt groß genug ist, um Bedingungen zu stellen.

Sie ist dabei besser als ihr Ruf. Emissionshandel, Grenzausgleich, Klimageld, Entnahmeregeln und Kreislaufvorgaben existieren bereits oder liegen als Vorschlag vor. Sie sind nicht fertig und sie sind nicht überall gut gemacht. Aber sie weisen in die richtige Richtung und müssen konstruktiv weiterentwickelt werden.

Die Antwort der EU: grünes Wachstum

Die Europäische Union hat auf die Frage, wie zukunftssichernde Aktivitäten entstehen, längst eine Antwort gegeben. Sie heißt grünes Wachstum und sie steht im Grünen Deal von 2019.

Die Kommission nennt ihn ausdrücklich eine neue Wachstumsstrategie: Die Union soll zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden, in der 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung entkoppelt ist (Europäische Kommission 2019): Die Wirtschaftsleistung wächst weiter, der Verbrauch sinkt.

Die Bilanz, die die Kommission selbst zieht, klingt gut. Zwischen 1990 und 2018 sanken die Treibhausgasemissionen der EU um 23 Prozent, während die Wirtschaft um 61 Prozent wuchs. Im selben Dokument steht aber auch der Satz, der die Sache kippt: Mit den bestehenden Maßnahmen würden

die Emissionen bis 2050 nur um 60 Prozent zurückgehen. Gebraucht werden 100 Prozent (Europäische Kommission 2019, S. 4). An dieser Lücke setzt die Kritik an und sie kommt von Autoren, die das Problem seit Jahrzehnten bearbeiten.

Differenziertes Wachstum und Wachstumskritik

Die Wachstumskritischen Theorien sind vielfältig, aber sie unterscheiden sich weniger im Ziel, als im Mechanismus, Wachstum zu begrenzen. Hier eine Auswahl:

Jason Hickel steht für Degrowth: ein geplantes Zurückfahren von Produktion und Verbrauch in den reichen Ländern. Nicht als Krise, sondern als gesteuerter Rückbau dessen, was als überflüssig gilt. Hickel sortiert nach Sektoren: Saubere Energie und Gesundheitsversorgung sollen wachsen, fossile Brennstoffe und Privatjets zurückgefahren werden. Der Mechanismus ist eine politisch festgelegte Liste (Hickel 2022).

Niko Paech hat den Begriff Postwachstumsökonomie im deutschen Sprachraum geprägt. Sie setzt nicht bei der Politik an, sondern beim einzelnen Menschen und seinem Anspruchsniveau: weniger Konsum, mehr Eigenproduktion, kürzere Erwerbsarbeit. Der Mechanismus ist die veränderte Lebensweise von Individuen (Paech 2025).

Tim Jackson vertritt eine Postwachstums-Makroökonomie. Seine Frage lautet, wie eine Volkswirtschaft stabil bleibt, wenn sie nicht mehr wächst. Denn ohne Wachstum steigen in heutigen Systemen Arbeitslosigkeit und Schulden. Jackson setzt einen sinkenden Deckel auf den Verbrauch und verteilt ihn gleichmäßig pro Kopf. Der Mechanismus ist eine Mengengrenze mit Zuteilung an Menschen (Jackson 2017).

Ulrike Herrmann nennt ihr Modell grünes Schrumpfen. Ihre These: Kapitalismus ist nur stabil, solange er wächst. Und weil erneuerbare Energie knapp bleibt, muss die Wirtschaft der Industrieländer kleiner werden; geordnet statt im Crash. Herrmann überträgt dem Staat die Zuteilung des knappen erneuerbaren Stroms an die Branchen. Ihr organisatorisches Praxisbeispiel für geordnete Schrumpfung durch Rationierung ist die britische Kriegswirtschaft von 1940 (Herrmann 2022).

Wächst die Wirtschaft oder schrumpft sie? Diese Frage beherrscht die Klimadebatte und übersieht das Entscheidende. Denn hinter jeder Wachstumszahl verbergen sich ganz unterschiedliche Investitionen: Manche sichern die Zukunft, andere gefährden sie. Im Bruttoinlandsprodukt sehen beide gleich aus. Dieses Buch richtet den Blick dorthin, wo Klimaschutz tatsächlich entschieden wird: auf einzelne Investitionsentscheidungen in Unternehmen. Ob eine Transaktion zustande kommt, hängt vom Business Case ab. Der ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis von Marktdesign.

Anhand von CO_2-Preis, Grenzausgleich, Klimageld, Kohlenstoffmanagement und Skalierung entwickelt das Buch fünf ordnungspolitische Prinzipien, mit denen sich zukunftssicherndes Wachstum gezielt fördern lässt. Damit richtet sich das Buch an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Denn nur alle drei Sphären zusammen können wirksamen Klimaschutz voranbringen.

Marcus Ehrenberger ist Gruppenleiter für Nachhaltigkeitsmanagement in einem internationalen Baukonzern und verantwortet damit Transformationsprogramme in einem der emissionsintensivsten Industriesektoren Europas. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft. Zuvor arbeitete er in der Nachhaltigkeitsberatung und forschte zu nachhaltigem Unternehmertum.